



Nr. 10

14. März 2013

## Inhalt

[dbb fordert Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte –  
Dauderstädt: „Ein Gebot der Fairness und eine  
Selbstverständlichkeit“+++](#)  
[Tarifkompromiss erreicht – Russ: Erfolg bei Linearanpassung -  
TdL torpediert Lehrereingruppierung+++](#)  
[dbb bundesfrauenvertretung und dbb jugend zum  
Tarifkompromiss+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb Landesbünde einig in der Forderung: Tarifabschluss für  
Beamtenbereich übernehmen+++](#)  
[DSTG warnt: Familiensplitting würde Milliarden kosten+++](#)  
[GDL begrüßt EU-Pläne zur Trennung von Netz und Betrieb+++](#)  
[DPVKOM fordert Call-Center-Mindestlohn statt](#)  
[Hartz-IV-Leistungen in Millionenhöhe+++](#)  
[VBE: Hunderte Schulleiter fehlen an Grundschulen+++](#)

## [Namen und Nachrichten +++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **dbb fordert Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte – Dauderstädt: „Ein Gebot der Fairness und eine Selbstverständlichkeit“**

**(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die Landesregierungen am 11. März 2013 in Berlin nochmals nachdrücklich aufgefordert, das Tarifergebnis für die Landesbeschäftigten zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger von Ländern und Kommunen zu übertragen. „Eigentlich müsste das ein Gebot der Fairness und eine Selbstverständlichkeit sein, schließlich haben die Beamten einen gesetzlichen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung.“**

Jenseits von Bayern und Hamburg, die schon eine Übernahme angekündigt haben, gebe es bereits besorgniserregende Signale einzelner Landesregierungen. So hatte Rheinland-Pfalz für fünf Jahre eine einprozentige Besoldungsdeckelung festgeschrieben. Auch andere Landesregierungen, etwa in Düsseldorf, Stuttgart und Bremen hätten angedeutet, das Tarifergebnis nicht eins zu eins auf die Beamten übertragen zu wollen.

„Wir werden das auf keinen Fall akzeptieren“, erklärte Dauderstädt, zumal jede sachliche Begründung für ein solches Sonderopfer der Beamten fehle: „Sie leisten genauso gute Arbeit wie ihre Tarifkollegen. Sie müssen mit derselben Inflation klar kommen und bewähren sich tagtäglich unter den gleichen erschwerten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.“

Zudem warnte der dbb Chef vor einem weiteren Auseinanderdriften der Besoldung zwischen den einzelnen Bundesländern. Dauderstädt: „Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im öffentlichen Dienst, weder zwischen den Statusgruppen noch zwischen den Gebietskörperschaften. Schlimm genug, dass der Staat als Arbeitgeber seine Konkurrenzfähigkeit auf einem immer schärfer umkämpften Arbeitsmarkt zu verlieren droht, jetzt eröffnen die Landesregierungen auch noch den Wettbewerb untereinander. Wir haben schon heute eine Besoldungsspreizung von bis zu zehn Prozent zwischen einzelnen Ländern. Je größer dieses Gefälle wird, desto mehr fallen die armen Länder bei der Personalgewinnung zurück. Das kann nicht im Interesse der Allgemeinheit sein.“  
(01/10/13)

## **Tarifkompromiss erreicht – Russ: Erfolg bei Linearanpassung - TdL torpediert Lehrereingruppierung**

**(dbb) Als „Kompromiss mit Licht und Schatten“ hat der dbb-Verhandlungsführer Willi Russ die Einigung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) bewertet. „5,6 Prozent in den kommenden zwei Jahren bedeuten, dass die Beschäftigten der Länder Anschluss an die Einkommensentwicklung halten“, sagte Russ nach der Paraphierung des Tarifkompromisses am 9. März 2013 in Potsdam. „Auch der Erfolg, allen Beschäftigten vom ersten Tag an einen Anspruch auf 30 Urlaubstage erstritten zu haben, ist ein sehr respektables Ergebnis.“**

Enttäuscht zeigte sich Russ, dass die TdL zur Eingruppierung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer ein völlig unzureichendes Angebot vorgelegt habe: „Das Papier der Arbeitgeberseite war von vornherein nicht einigungsfähig. Wir brauchen eine verbindliche Perspektive für die Abschaffung der Bezahlung nach Gutsherrenart. Tariflyrik und vage Absichtserklärungen sind kein Ersatz.“ Russ kündigte an, dass die Lehrer im dbb jetzt über das weitere Vorgehen beraten und entscheiden würden und warnte:

„An den deutschen Schulen geht der Tarifkonflikt weiter.“

Der dbb-Verhandlungsführer appellierte an die hessische Landesregierung, den Potsdamer Kompromiss für die dortigen Beschäftigten zu übernehmen und forderte alle Länder abschließend dazu auf, den Tarifabschluss unverzüglich auf die Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen. „Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich für die Beamten und Versorgungsempfänger

umzusetzen", unterstrich Russ und sagte an die Adresse der Landesregierungen, dass sich der dbb weiterhin vehement gegen ein Auseinanderdriften der Bezahlungs- und Beschäftigungsbedingungen innerhalb des öffentlichen Dienstes zur Wehr setzen werde – „sowohl zwischen Bund, Ländern und Kommunen als auch zwischen den Statusgruppen“.

Das Tarifergebnis (Laufzeit 24 Monate)

Die rund 800.000 Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes der Länder erhalten eine lineare Anhebung ihrer Gehälter

- um 2,65 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2013 sowie
- um 2,95 Prozent zum 1. Januar 2014

Auszubildende erhalten anstelle der linearen Anhebung zum 1. Januar 2013 einen Sockelbetrag in Höhe von 50 Euro und nehmen wie alle anderen Beschäftigten an der linearen Erhöhung zum 1. Januar 2014 teil.

Alle Beschäftigten haben künftig Anspruch auf 30 Urlaubstage pro Jahr, Auszubildende bekommen 27 Urlaubstage (alt: 26 Urlaubstage) pro Jahr.

Bei vorausgesetztem Bedarf werden alle Auszubildenden für zwölf Monate übernommen, im Anschluss - bei entsprechender Bewährung - unbefristet.  
(02/10/13)

## dbb bundesfrauenvertretung und dbb jugend zum Tarifkompromiss

**(dbb) Mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten ist aus Sicht der dbb bundesfrauenvertretung ein respektabler Kompromiss gelungen. „Mit 5,6 Prozent mehr Einkommen in den kommenden zwei Jahren können die Beschäftigten der Länder den Anschluss an die Einkommensentwicklung halten. Auch die Zusage, allen Beschäftigten vom ersten Tag an einen Anspruch auf 30 Urlaubstage zu gewähren, können wir als Erfolg werten,“ sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und Mitglied der dbb Bundestarifkommission am 11. März 2013. Jetzt gelte es, auch die Frauen und Männer im Beamtendienst am Entgeltplus zu beteiligen, betonte die Vorsitzende und forderte eine ergebnisgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Landesbeamtinnen und –beamten.**

Trotz vorzeigbarer Lohnsteigerung komme aber auch dieser Tarifabschluss mit einem bitteren Beigeschmack daher, beanstandete Wildfeuer. „Mehr erhofft habe ich mir für die angestellten Lehrerinnen und Lehrer. Das vorgelegte Angebot war alles andere als akzeptabel. Hier trifft es vor allem eine Gruppe hart: Die Frauen, die die Mehrheit im Schuldienst stellen. Die Verhandlungen zeigen deutlich: Frauen bleiben das vergessene Geschlecht, wenn es um Lohnverhandlungen geht“, dbb jugend begrüßt Tarifeinigung im Länderbereich

Die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe begrüßte die Tarifeinigung: „Wir haben in den vergangenen Wochen gut gekämpft. Der mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erreichte Kompromiss setzt in Sachen Einkommen, Übernahme und Urlaub ein klares Zeichen für den Berufsnachwuchs.“ Das hör- und sichtbare Engagement der dbb jugend-Organisationen während der bundesweiten Warnstreiks und Protestaktionen habe sich

ausgezahlt, zeigte sich Kothe zufrieden. Als positiv bewertete die dbb jugend-Chefin auch, „dass wir mit diesem Abschluss Anschluss an die Bezahlungs- und Beschäftigungsbedingungen der Azubis und jungen Kolleginnen und Kollegen in Bund und Kommunen halten. Um vollständige Gerechtigkeit herzustellen, muss das Tarifergebnis jetzt umgehend auf den Landes- und Kommunalbeamtenbereich übertragen werden“, forderte Kothe.

Die Ausbildungsentgelte erhöhen sich rückwirkend zum 1. Januar 2013 um 50 Euro. Am 1. Januar 2014 folgt eine lineare Erhöhung um 2,95 Prozent. „Ausgehend von einer Vergütung von 700 Euro im Monat ist das insgesamt eine Steigerung um rund 9,3 Prozent – das kann sich sehen lassen und ist für die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst ein strategisches Plus“, betonte die dbb jugend-Vorsitzende. Auch die Erhöhung des Urlaubsanspruchs von bislang 26 auf 27 Tage bedeute eine Attraktivitätssteigerung. Als Erfolg be-

grüßte sie zudem die vereinbarte Übernahme-garantie: „Bei vorausgesetztem Bedarf werden alle Auszubildenden für zwölf Monaten über-

nommen, im Anschluss – bei entsprechender Bewährung – unbefristet.“  
(03/10/13)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **dbb Landesbünde einig in der Forderung: Tarifabschluss für Beamtenbereich übernehmen**

**(dbb) Nach dem am 9. März 2013 in Potsdam erreichten Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder sind sich die Landesbünde des dbb einig in der Forderung, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen zu übertragen.**

Zusagen für eine Eins-zu-Eins-Übernahme gibt es bereits von den Landesregierungen in Bayern und Hamburg.

Erfreut zeigt sich der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), **Rolf Habermann**, angesichts der schnellen Reaktion des bayerischen Finanzministers Markus Söder. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen hat bereits am 13. März 2013 den Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2013/2014 vorgelegt. „Die Beschäftigten werden das anerkennen“, zeigte sich Habermann überzeugt, auch wenn der Abschluss für den Tarifbereich von Bund und Kommunen im vergangenen Jahr teilweise andere Erwartungen geweckt habe.

In Hamburg verwies dbb Landeschef **Rudolf Klüver** auf Äußerungen von Senatsvertretern, wonach das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf Beamtinnen und Beamte sowie auf die Versorgungsempfänger übertragen werden soll. Dies sei eine gute Nachricht für alle Beschäftigten im Hamburger öffentlichen Dienst, so Klüver am 13. März.

Der Niedersächsische Beamtenbund NBB begrüßte am 14. März die Entscheidung der Landesregierung, die erste Stufe der Tarifeinigung rückwirkend zum 1. Januar 2013 auch auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen. „Wir erwarten aber, dass diesem ersten richtigen und wichtigen Schritt im Sommer dann die erforderlichen Schritte zwei und drei folgen“, sagte NBB-Landesvorsitzender **Fried-**

**helm Schäfer**. Die Übertragung der zweiten Stufe war unter Haushaltsvorbehalt gestellt worden. Zudem müsse in den Abbau des bestehenden Einkommensrückstandes eingestiegen werden.

In Baden-Württemberg wies Finanzminister Nils Schmid die Forderung nach einer Übertragung zurück; eine Nullrunde für die Beamten sei aber unwahrscheinlich. Der Vorsitzende des BBW Beamtenbund Tarifunion und dbb Vize **Volker Stich** drohte daraufhin: „Sollte diese Landesregierung entweder an dem Gedanken einer Nullrunde oder Deckelung festhalten, dann bewegen wir uns in einem Niemandsland, aus dem uns gegebenenfalls nur das Bundesverfassungsgericht wieder den Weg heraus weist.“

Als „skandalös ungerecht“ bezeichnete der dbb rheinland-pfalz die kategorische Zurückweisung der Übertragungsforderung durch die Landesregierung in Mainz. „Während andere Bundesländer die Tarifübertragung diskutieren oder bereits beschlossen haben, zeigt sich unsere Landesregierung hartleibig. Sie will bei der gesetzlich festgelegten Deckelung der Besoldung im Landes- und Kommunaldienst von jährlich nur einem Prozent für 2012 bis 2016 bleiben, obwohl angesichts des Tarifergebnisses offensichtlich ist, dass die so verbrieften inflationsbereinigten Minusrunden in Folge ganz und gar nicht ausreichen“, sagte dbb Landesvorsitzende **Lilli Lenz**. Der dbb rheinland-pfalz sehe sich daher mit seinen

Musterverfahren gegen die „5x1 %-Deckelung“ auf dem richtigen Weg.

Für den DBB NRW erinnerte Landesvorsitzender **Meinolf Guntermann** Finanzminister Norbert Walter-Borjans daran, dass dieser bereits vor zwei Jahren im Rahmen der Einkommensrunde angekündigt hatte, das Ergebnis ein zu eins zu übertragen. „Jetzt erfahre ich aus den Medien ihre kritische Kommentierung des Tarifergebnisses, weil es ihre Bemühungen um die Konsolidierung des Landeshaushalts nicht einfacher mache. Sind ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Diensten lediglich Personalkostenverursacher“, fragte Guntermann den Minister.

In Schleswig-Holstein beginnen die Gespräche zwischen dem dbb Landesbund und dem Finanzministerium am 15. März. Im Vorfeld signalisierte die dbb-Landesvorsitzende **Anke Schwitzer** große Gesprächsbereitschaft. „Das bedeutet aber nicht, dass wir von vornherein zu Kompromissen bereit sind.“ Gerecht sei eine Teilhabe aller an den moderaten Einkommenssteigerungen – „ganz gleich ob tarifbeschäftigt oder im Beamtenstatus“.

„Der dbb saar erwartet Gerechtigkeit in der Beamtenbesoldung“, machte Landesvorsitzender **Ewald Linn** klar. Jetzt gehe es darum, die Landes- und Kommunalbeamten, die durch die Nullrunde 2011 und halbjährige Verschiebung der Besoldungsanpassung in 2012 schon vor dem Tarifabschluss einen Einkommensrückstand von über drei Prozent gegenüber den Landesbeschäftigten hatten, nicht weiter abzuhängen. Von der Politik erwarte man jetzt „ausgleichende Gerechtigkeit“.

Verzögerungstaktik warf der Landesvorsitzende des Thüringer beamtenbundes tbb, **Helmut Liebermann**, Finanzminister Wolfgang Voß vor. Dieser hatte angekündigt, sich für die Prüfung der Übernahmeforderung zwei Wochen Zeit zu lassen. Eine direkte Übertragung sei mit den Finanzierungsmöglichkeiten des Landeshaushalts nicht kompatibel. Liebermann entgegnete in Gespräch mit der Nachrichtenagentur dapd (10. März 2013): „Das Ergebnis ist derart maßvoll ausgefallen, dass eine Übertragung selbstverständlich umgesetzt werden muss.“

In Berlin forderte der dbb Landesvorsitzende **Joachim Jetschmann** den Senat auf, eine

gesetzliche Regelung zur Übernahme des Tarifkompromisses auf den Weg zu bringen. Die Grundgehälter der Beamtinnen und Beamten seien schon jetzt niedriger als in anderen Bundesländern. Sollte der Besoldungsrückstand noch größer werden, werde es immer schwieriger, geeigneten Nachwuchs für Landesverwaltung, Steuerverwaltung, Polizei, Feuerwehr oder den Justizvollzug zu finden, wo der Besoldungsrückstand bis zu 15,4 Prozent betrage.

**Dietmar Knecht**, Landesvorsitzender des dbb mecklenburg-vorpommern, drängte darauf, „das Tarifergebnis nun zügig zeit- und inhaltsgleich auf die 15.000 Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern und ohne Gegenrechnung anderer Besoldungsbestandteile wie dem Weihnachtsgeld zu übertragen“. Eine schnelle Übertragung sei besonders für die 2.100 kommunalen Beamten von Bedeutung, da diese sonst immer weiter von der allgemeinen Einkommensentwicklung ihres Bereiches abgekoppelt würden, so Knecht.

Der Landesvorsitzende des dbb brandenburg **Ralf Roggenbuck** erklärte: „Wir erwarten jetzt die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses“ und fügte hinzu: „Dafür wird sich der dbb brandenburg mit aller Kraft einsetzen, um ein weiteres Auseinanderdriften der Bezahlungs- und Beschäftigungsbedingungen innerhalb des öffentlichen Dienstes zu verhindern.“

Auch der dbb bremen und der dbb sachsen-anhalt forderten eine Übernahme. Dessen Landesvorsitzender **Maik Wagner** kündigte zudem an, sich bei der neu zu bestimmenden Höhe des Urlaubsanspruchs der Beamten für die Jahre ab 2013 für eine Regelung analog zu den Tarifbeschäftigten der Länder einzusetzen.

„Die bei den Ländern arbeitenden Beamten müssen nun in das Ergebnis einbezogen werden“, mahnte auch der Sächsische Beamtenbund sbb. Der stellvertretende sbb Landesvorsitzende **Gerhard Pöschmann** forderte die Staatsregierung auf, die Angleichungen „schnell und unbürokratisch“ zu vollziehen.

In Hessen, das nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist, stehen die abschließenden Tarifverhandlungen noch bevor. Allerdings gehe von dem Potsdamer Abschluss eine Signalwirkung auf dieses Land

aus, so der Landesvorsitzende des dbb Hessen, **Walter Spieß**. Auch vor dem Hintergrund, dass in Hessen ohnehin zwei Prozent der linearen Anpassung im Beamtenbereich nicht ausgezahlt, sondern der Versorgungs-

rücklage des Landes zugeführt werden, sei eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des (noch zu erreichenden) Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich zwingend geboten. (04/10/13)

## **DSTG warnt: Familiensplitting würde Milliarden kosten**

**(dbb) Mit Blick auf den Streit in der Regierungskoalition darüber, ob gleichgeschlechtliche Partner von Steuervorteilen profitieren sollen, hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, gewarnt: Wer sich stattdessen für ein Familiensplitting einsetze, nehme leichtfertig Milliardenkosten in Kauf.**

Die Einführung eines Familiensplittings würde nach Ansicht Eigenthalers, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, deutlich teurer werden als die steuerliche Gleichstellung so genannter Homo-Ehen. „Ich rate dazu, die Sache sehr gut zu überlegen“, sagte Eigenthaler dem Bayerischen Rundfunk (13. März 2013) – und warnte davor, das Thema als „Wahlkampfslager“ zu missbrauchen. Es solle „nicht der Eindruck entstehen: Man macht eine sehr teure Lösung, nur um den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern den Splittingtarif zu verweigern.“

Eigenthaler schätzt die Kosten der Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern auf etwa 30 bis 50 Millionen Euro im Jahr. „Das avisierte Familiensplitting geht in die Milliarden“, so der DSTG-Chef. Wenn man

die bereits geschlossenen Ehen in ihrem Bestand steuerlich schütze „und sozusagen nur zusätzlich was draufgibt für die Kinder oder auch nur für neue Ehen, wird es teuer“.

Es gebe „keinen Zweifel, dass man in einem ersten Aufguss die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften in das Splitting mit einbeziehen muss“, so Eigenthaler weiter. Das sei die kleine, rechtlich unausweichliche Lösung. „Leider ist sie derzeit sehr ideologisch überfrachtet.“ Zudem müsse man untersuchen, wie die finanziellen Auswirkungen eines Familiensplittings aussehen würden. „Einfach Milliarden auszugeben, ohne zu wissen, wie es sich familienpolitisch auswirkt, das ist ein hohes Risiko“, sagte er. (05/10/13)

## **GDL begrüßt EU-Pläne zur Trennung von Netz und Betrieb**

**(dbb) Pläne der EU-Kommission für mehr Wettbewerb auf der Schiene sind bei der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) auf Zustimmung gestoßen. EU-Verkehrskommissar Siim Kallas hatte das so genannte vierte Eisenbahnpaket Ende Januar vorgestellt. Es sieht unter anderem eine Trennung von Schiene und Betrieb vor.**

Claus Weselsky, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Vorsitzender der GDL, begrüßte die EU-Pläne. „neues deutschland“ (Ausgabe vom 14. März 2013) zitiert Weselsky mit den Worten: „Die Kommission greift damit eine unserer langjährigen Forderungen auf. Netz und Betrieb in einer Hand verhindern wettbewerbsneutrale und damit funktionsfähi-

ge Strukturen. Das muss auch die Deutsche Bahn irgendwann einsehen.“

Kallas' Auffassung, dass die Öffnung der Märkte zu besseren Arbeitsplätzen führen wird, teilt Weselsky aber nicht: „Dass eine Marktöffnung automatisch zu besseren Arbeitsplätzen führt, ist doch eher abwegig“, so der GDL-Chef. (06/10/13)

## **DPVKOM fordert Call-Center-Mindestlohn statt Hartz-IV-Leistungen in Millionenhöhe**

**(dbb) „Es ist doch ein Irrsinn, dass allein im Jahr 2011 rund 33 Millionen Euro an Hartz-IV-Leistungen ausgegeben wurden, um die Löhne von Call-Center-Beschäftigten aufzustocken. Wenn selbst Vollzeitbeschäftigte auf diese staatlichen Transferleistungen angewiesen sind, dann unterstreicht das einmal mehr die Notwendigkeit eines Call-Center-Mindestlohns von 9,50 Euro.“ Das sagte der Vorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, am 12. März 2013. Die Bundesregierung müsse ihren vollmundigen Ankündigungen in Bezug auf die Einführung von branchenspezifischen Mindestlöhnen nun endlich Taten folgen lassen.**

Geyer reagierte damit auf einen Bericht von „Spiegel Online“, wonach der Staat die Call-Center-Branche jährlich mit mehr als 36 Millionen Euro subventioniert. Dem Bericht zufolge wurden neben den Hartz-IV-Leistungen im Jahr 2011 rund 3,4 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur an die Unternehmen der Branche gezahlt. Dies gehe aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke hervor.

Es sei ein Armutszeugnis für dieses Land, wenn selbst Vollzeit Arbeitnehmer nicht von ihrer Hände Arbeit leben können, so Geyer weiter. Um das zu ändern, hatte die DPVKOM

bereits im Jahr 2009 zusammen mit ihrem Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion als bislang erste und einzige Gewerkschaft einen Antrag auf Festsetzung eines Mindestarbeitsentgeltes in der Call-Center-Branche von 9,50 Euro nach dem Mindestarbeitsbedingengesetz gestellt. Dieser wurde im Jahr 2011 mit der Begründung abgelehnt, dass in dieser Branche keine sozialen Verwerfungen existieren. „Das ist jedoch nachweislich falsch. So hat das Statistische Bundesamt vor Kurzem bekannt gegeben, dass rund 70 Prozent der Call-Center-Beschäftigten so genannte Niedriglöhner sind“, erklärte Geyer. (07/10/13)

## **VBE: Hunderte Schulleiter fehlen an Grundschulen**

**(dbb) Hunderte Grundschulen in Deutschland stehen ohne Schulleiter da. In Nordrhein-Westfalen hat etwa jede achte Schule zurzeit keinen Rektor, mehr als die Hälfte der knapp über 700 leeren Chefsessel gibt es an Grundschulen.**

Und das Problem werde sich noch verschärfen, meint der Lehrerverband Bildung und Erziehung (VBE). Denn viele der jetzigen Schulleiter gingen in den nächsten Jahren in Rente. „Wenn eine Stelle ausgeschrieben und nicht besetzt ist, leitet der Konrektor solange die Schule“, sagte der VBE-Vorsitzende Udo Beckmann am 8. März 2013 auf dem Deutschen Schulleiterkongress in Düsseldorf.

Doch dieser Job ist noch unbeliebter: Allein in NRW sind 1.079 Stellen unbesetzt. Gibt es an einer Schule keinen Konrektor, übernimmt laut Beckmann in der Regel der dienstälteste Lehrer die Leitungsaufgaben. Schulleiter verdienen brutto nur 400 bis 500 Euro mehr als ihr Kollegium, hätten aber viel mehr zu tun, begründete der VBE-Chef die Unattraktivität des Postens. Die Rektoren seien für die Qualität

des Unterrichts zuständig, für das Personalmanagement, Kooperationen, die Kommunikation nach außen und innerhalb des Hauses, sie planten und organisierten. „Nebenbei sind wir oft noch unsere eigene Sekretärin und der eigene Hausmeister, weil diese Stellen stark reduziert wurden“, sagte Beckmann. Gerade an kleinen Grundschulen kümmerten sich Schulleiter zusätzlich oft noch um eine eigene Klasse.

Durch Themen wie Inklusion und eine stärkere individuelle Förderung der Schüler seien in den letzten Jahren viele neue Aufgaben dazugekommen. Schulleiter und Lehrer hätten dringend Fortbildungen nötig. Die Budgets für solche Maßnahmen seien aber viel zu knapp bemessen, kritisierte Beckmann.

Beim 2. Deutschen Schulleiterkongress (7.-9. März) in Düsseldorf hatten rund 2.000 Schulleiter unter anderem über gesundes Schulesen, das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern und neue Technologien für den Unterricht diskutiert. Die Veran-

stalter, VBE und der zu Wolters Kluwer Deutschland gehörende Carl Link Verlag, zogen eine positive Bilanz und kündigten für 13.-15. Februar 2014 den nächsten Schulleiterkongress an.  
(08/10/13)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Nach dem Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder wird die Entgeltordnung Lehrkräfte auf der Tagesordnung bleiben. Das hat der dbb in einem Flugblatt nochmals klar gemacht. „Wir akzeptieren nicht, dass haushalts- und machtpolitische Gründe über die tarifpolitische Vernunft gestellt werden“, heißt es darin zu der Verweigerungshaltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in den Verhandlungen. **Willi Russ**, Fachvorstand Tarif im dbb, kündigte an, zeitnah das Gespräch mit der Arbeitgeberseite zu suchen, „Um nicht wieder Monate verstreichen zu lassen. Der Abschluss in Potsdam ist in Sachen Lehrereingruppierung nicht das letzte Wort. Bis zur Einkommensrunde 2015 warten wir bestimmt nicht.“

Der Vorsitzende des Vereins der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB), **Thomas Kappl**, hat das Engagement der Bundesregierung für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie begrüßt. „Familie und Beruf können und dürfen keine sich ausschließenden Lebensentwürfe sein“, sagte Kappl nach dem Familiengipfel der Bundesregierung am 12. März 2013. „Die Betreuung von Kindern und - zunehmend - in späteren Jahren von Eltern und Angehörigen darf nicht zu Karrierebrüchen führen. Leider herrscht auch in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes noch immer eine Präsenzkultur, in der Teilzeitkräfte nicht die Chance bekommen, Führungsaufgaben wahrzunehmen. Flexiblere Arbeitszeitangebote und einen Ausbau der Telearbeitsplätze sind aus Sicht des VRB daher unabdingbar.“

Die Bundesleitung des BSBD (Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands) hat sich vom 7. bis 9. März 2013 in Magdeburg mit den Vorsitzenden der 16 Landesverbände des BSBD getroffen. Unter dem Vorsitz von **Anton Bachl** wurden aktuelle Fragen und das künftige gemeinsame Vorgehen abgestimmt. Im Gespräch mit dem in Sachsen-Anhalt zuständigen Justiz Staatssekretär Thomas Wünsch wurde unter anderem der Stand in Sachen

Sicherungsverwahrung und die Justizvollzugsreform erörtert. Wünsch habe erklärt, dass Teilprivatisierungen in Justizvollzugsanstalten nicht der richtige Weg seien. Die BSBD-Vertreter stimmten zudem der Aussage zu, dass die Arbeitspflicht in den JVA Sachsen-Anhalts beibehalten werden müsse. Gegenläufige Tendenzen in einigen anderen Bundesländern bezeichnete der BSBD als „verbrieftes Faulheitsrecht“.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) setzt sich für die Einführung des Sirenentons „Yelp“ bei Polizeifahrzeugen in Deutschland ein, wenn Fahrzeuge im fließenden Verkehr gestoppt werden sollen. Die Verkehrskommission der DPoIG forderte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer am 8. März 2013 auf, schnellstmöglich eine entsprechende Ergänzung in der Straßenverkehrszulassungsordnung vorzunehmen. DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** sagte: „Die rote Signalleuchte ‚Stopp Polizei‘, die hinter anzuhaltenden Fahrzeugen blinkt, reicht oftmals nicht aus, um den Fahrer zum Anhalten zu bewegen. Viele Fahrer nehmen das Signal nicht wahr oder interpretieren es falsch.“ Dies könne zu riskanten Verkehrssituationen führen. Eine Lösung wäre die Ausstattung der Polizeiwagen mit dem in den USA gängigen Signalton „Yelp“, der sich eindeutig vom bekannten Martinshorn-Ton unterscheidet. Dieses akustische Signal sei gut geeignet, Autofahrer schnell und unmissverständlich darauf hinzuweisen, dass sie rechts ranfahren müssen.

Auf einer Anhörung zu Details der neuen Mess- und Eichverordnung am 22. Februar 2013 im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin hat der BTE - Gewerkschaft Mess- und Eichwesen vorgesehene Ausnahmen bei der Eichpflicht kritisiert. Demnach sollen Messgeräte im geschäftlichen Verkehr „zur Ermittlung von Leistungen, die einen Betrag von fünf Euro je Geschäftsvorgang bei wechselnden Vertragspartnern und einen Jahresumsatz von 1.000 Euro je Messgerät nicht überschreiten“ von der

---

Eichpflicht ausgenommen werden. BTE-Bundesvorsitzender **Ronald Kraus** kritisierte diesen Vorschlag, da er zu einem immensen Verwaltungsaufwand für die Eichbehörden führen würde. Widerstand habe der BTE auch gegen die Verdopplung von Eichfristen für bestimmte Messgeräte-Verwender in der industriellen Praxis angemeldet. Dies sei „eine Privatisierung der Nacheichung durch die Hintertür“. Damit kämen zusätzliche nicht-gebührenfähige Tätigkeiten auf die Eichämter zu. Verbraucherschutzverbände bemängelten das dann geringere Schutzniveau durch „Prüfungen vom Schreibtisch aus“, so der BTE.  
(09/10/13)

---